

Hohe Hürden auf Weg zum Handelspakt

Im Brexit-Streit hat auch die vorerst letzte Verhandlungsrunde keinen Durchbruch gebracht.

Bei den wichtigsten Streitpunkten hätten die Europäische Union und Grossbritannien unverändert ernsthafte Differenzen, erklärte EU-Unterhändler Michel Barnier am Freitag. Ein hoher EU-Vertreter sagte, im Kreis der 27 Staaten wachse die Skepsis, ob noch ein Deal mit London möglich sei. Ähnlich äusserten sich EU-Abgeordnete.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gab sich zuversichtlicher: «Solange verhandelt wird, bin ich optimistisch – aber ich kann selbstverständlich auch keinen Durchbruch verkünden», sagte die CDU-Politikerin nach dem EU-Gipfel in Brüssel. «Es wird sich entscheiden in den nächsten Tagen.» Auch der britische Unterhändler David Frost äusserte sich vergleichsweise hoffnungsfroh: «Obwohl weiterhin Differenzen bestehen, zeichnen sich die Umriss einer Einigung ab.»

EU-Kommissarin Ursula von der Leyen plädierte dafür, die Verhandlungen zu intensivieren. Doch wurde nach Angaben aus EU-Kreisen zunächst keine neue Runde vereinbart. Von der Leyen will am Samstag mit dem britischen Premierminister Boris Johnson in einer Videokonferenz be-



Die Lage zwischen der EU und Grossbritannien bleibt angespannt.

Bild: Keystone

sprechen, wie es weitergehen soll. Dieser erklärte am Freitagabend kurzerhand die EU dafür verantwortlich, ob es einen Durchbruch geben wird. «Es liegt an unseren Freunden», sagte er dem Sender BBC über die Chancen auf eine Einigung. Die EU müsse nun gesunden Menschenverstand zeigen. Er hoffe darauf, dass ein Deal zustande komme.

Barnier und sein Team hatten diese Woche erneut mit dem britischen Unterhändler Frost und dessen Mitarbeitern

in Brüssel in elf verschiedenen Themenrunden verhandelt. Danach erklärte Barnier, es gebe einige Annäherungen und positive Entwicklungen bei Themen wie der Sicherheit im Luftverkehr und bei der Sicherung von Grundrechten.

Bei einigen wichtigen Punkten wie Datenschutz, Klimaschutz und CO₂-Preisen gebe es jedoch keinen Fortschritt und bei «Punkten von grosser Bedeutung für die Europäische Union anhaltende ernste Differenzen», erklärte Barnier.

Diese müssten ausgeräumt werden, solle es zu einem Vertrag kommen. Premier Johnson hat eine Frist bis 15. Oktober für eine Einigung gesetzt, die EU bis Ende Oktober.

Der britische Unterhändler Frost betonte, gewisse Fortschritte gebe es auch bei einigen seit Langem strittigen Punkten – etwa den Wettbewerbsbedingungen. Die EU müsse sich jedoch noch weiter bewegen. Bei den Regeln für die Fischerei in britischen Gewässern liege man leider

immer noch weit auseinander, bestätigte auch Frost und sagte, er sei besorgt wegen der knappen werdenden Zeit.

Nach von der Leyens Worten sind die schwierigsten Fragen noch «komplett offen». Dazu zählte sie auch den Streit um gleiche Wettbewerbsbedingungen, also gleiche Umwelt-, Sozial- und Beihilferegeln. Die EU beharrt auf diesem «Level Playing Field» und warnt vor Dumping vor der eigenen Haustür. Auch von der Leyen nannte die Fischerei als ungelösten Knackpunkt. Und auch sie betonte, die Zeit laufe davon.

Beim EU-Gipfel sei zu spüren gewesen, dass viele EU-Regierungen eine Vereinbarung mit London für immer schwieriger hielten, sagte ein hoher EU-Vertreter. Es wachse das Gefühl, dass ein schlechter Deal womöglich schlimmer wäre als gar kein Abkommen. Gleichwohl werde die EU weiterverhandeln.

Der Brexit-Beauftragte des Europaparlaments, David McAllister (CDU), erklärte: «Auch in dieser Woche wurden leider nicht die notwendigen Fortschritte bei den noch offenen politischen Fragen gefunden.»

Für das Europaparlament bleibe es dabei, dass bis 31. Oktober ein fertiger Text vorliegen müsse. Der Linken-Abgeordnete Martin Schirdewan sagte der Deutschen Presse-Agentur: «Die Wahrscheinlichkeit eines harten Brexits ist diese Woche eher noch einmal gestiegen als gesunken.» Es gebe kein Anzeichen, dass die britischen Unterhändler jetzt die Ärmel hochkriechen wollten. Da die Brexit-Übergangsphase zum Jahreswechsel ausläuft, droht ohne einen Handelspakt der harte wirtschaftliche Bruch zwischen Grossbritannien und der EU. Das Land scheidet aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion aus – somit drohen Zölle, Staus und andere Hürden.

Zuletzt war zwischen beiden Seiten ein Streit über das britische Binnenmarktgesetz entbrannt, das am Dienstag vom Unterhaus des britischen Parlaments gebilligt wurde. Es soll wichtige Teile des 2019 von Premierminister Boris Johnson geschlossenen Abkommens wieder aushebeln. Die EU sieht das als schweren Vertrauens- und Rechtsbruch – und kündigte am Donnerstag rechtliche Schritte an. (awp)

E-Autos sind weiter auf dem Vormarsch

Die Autoindustrie leidet weiter unter der Coronakrise. Im September wurden mit 21 454 Inverkehrsetzungen in der Schweiz 11,4 Prozent weniger Personenkraftwagen immatrikuliert. Die E-Autos legen im einbrechenden Gesamtmarkt laut dem Importeurverband Auto Schweiz aber weiter zu.

Insgesamt steuere der Personenkraftwagenmarkt mit lediglich 163 556 Neumatrikulationen nach neun Monaten auf das schlechteste Autojahr seit Mitte der 1970er-Jahre zu, heisst es in einer Mitteilung des Verbands vom Freitag. Seinerzeit war es die Erdölkrise, welche die Nachfrage nach Fahrzeugen einbrechen liess. Von Januar bis September kumuliert sich das Minus an neu zugelassenen Autos zum Vorjahr auf 27,7%. Die Verbandsprognose von 240 000 Zulassungen bis Jahresende – das wäre ein Minus von 23% – dürfte angesichts der anhaltenden Auswirkungen der Coronakrise nur mit Mühe erreicht werden.

Immerhin: Wer sich noch ein Auto leisten will und kann,

entscheidet sich immer öfter für ein Fahrzeug mit alternativem Antrieb. Deren Marktanteil habe im September bei rekordhohen 34,9% gelegen.

Auf Elektroautos und Plug-in-Hybride alleine – die sogenannten «Steckerfahrzeuge» – entfielen laut Auto Schweiz 20,2%. Damit könne jeder fünfte neue Personenkraftwagen, der im September immatrikuliert wurde, elektrisch fahren und am Stromnetz aufgeladen werden.

Mit kumulierten 24,1% seit Jahresbeginn verfüge nun fast jeder vierte neue Personenkraftwagen über einen Hybrid-, Elektro-, Gas- oder Brennstoffzellenantrieb. Zum gleichen Zeitpunkt vor einem Jahr hatte der Alternativanteil noch 11,6% betragen. «Ohne Coronakrise wären in diesem Jahr noch deutlich mehr Fahrzeuge mit Alternativantrieb gekommen», sagte Verbandsprecher Christoph Wolnik. Denn der Lockdown habe wahrscheinlich eine noch höhere Stückzahl verhindert. (awp)

Zusammen mehr bewirken

Am 1. Oktober fand im Technopark eine Veranstaltung zum Tag der Stiftungen statt.

Am 1. Oktober wird der Tag der Stiftungen gefeiert. Er macht europaweit auf das Wirken von Stiftungen aufmerksam und zeigt, was Stifter bewegt und wie vielseitig gemeinnützige Stiftungen sich für das Gemeinwohl einsetzen. Die VLGST nahm den Tag der Stiftungen zum Anlass, den gesellschaftlichen Beitrag der liechtensteinischen gemeinnützigen Stiftungen aufzuzeigen und führte zum vierten Mal die VLGST Projektplattform im Technopark in Vaduz durch.

Zu Beginn der Veranstaltung zeigte das Referat von Karin Haselböck, Leadership-Team von Ashoka Europe, auf, wie Social Entrepreneurs mit ihren Unternehmen die Welt gestalten und die dringendsten gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme lösen. Ashoka ist die weltweit führende Organisation zur Förderung des Sozialunternehmens. Der anschließende Talk mit Rudi Hilti von The System Change Foundation und The

Hus Institute vertieften das Thema. Das Gespräch machte deutlich, dass mit dem «World Systemic Forum» eine in Liechtenstein initiierte und auf Wirkung und Impact ausgerichtete Initiative besteht.

Ernährungssicherheit und Bildung stärken

In Kurzreferaten stellten vier Mitgliedstiftungen der VLGST gemeinsam mit ihren Projektpartnern aktuelle Projekte vor, um dafür noch weitere Unterstützung und Finanzierung zu finden. Die beiden ersten Projekte widmeten sich der Ernährungssicherheit und der Bildung. Die MariaMarina Foundation präsentierte das von ihr unterstützte Projekt «Por eso!» in Peru, welches mit in extremer Armut lebenden Familien in den kargen Hochanden zusammenarbeitet. Es folgte die Projektvorstellung der «GemüseAckerdemie Liechtenstein», welche von der Panctivis Stiftung unterstützt wird. Das praxisbasierte Bildungs-



Referierende der VLGST Projektplattform: Michelle Gysin, Thomas Zwiefelhofer, Christine Rhomberg, Rudi Hilti, Karin Haselböck, Drazen Domjanic und Dagmar Bühler-Nigisch (v. l.). Bild: pd

programm verfolgt das Ziel, die Wertschätzung von Lebensmitteln bei Kindern und Jugendlichen zu steigern.

Die zwei folgenden Präsentationen widmeten sich den Bereichen Musik und Kultur. Die Internationale Musikakademie in Liechtenstein berichtete über ihre Ziele zum Fortbestand des

denkmalgeschützten «Hagen-Huus z'Nendla». Abschliessend präsentierte die Hilti Foundation das Projekt «Superar Suisse», welches Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozioökonomischen Hintergrund ein hochwertiges musikalisches Programm bietet. (pd)

Privat Spa

Whirlpool, Dampfbad & Sauna zur **alleinigen Nutzung.**



säntispark
Abtwil/St.Gallen